Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Referent : Andreas Becker

Seminar: Hochschulpolitik im Vergleich

Leitung: PD Dr. Nils Bandelow 6. Sitzung, 24. Mai 2004

Französische Hochschulpolitik.

Antipoden:

z muboden.	
Regierung	Präsident
	Premierminister
	Minister
Gewerkschaften	diverse Richtungsgewerkschaften

Ziele der Regierung.

- eigener Machterhalt
- Durchsetzung der Beschlüsse der Konferenzen von Bologna und Prag (LMD licence, magistére, doctorat)
- Erhöhung von Studiengebühren
- Abschaffung der Surveillants (studentischen Hilfslehrern)

Mittel zur Durchsetzung der Ziele.

- Öffentliche Bekanntgabe, dass man ja durchaus die Protestierenden verstünde, jedoch gezwungen sei, "einheitliche europäische Regelungen" durchzusetzen. Verschwiegen wird dabei, dass die Regierungsmitglieder selbst für diese Beschlüsse gestimmt haben.
- Prinzip *divide et impera*: potenzielle Gegner der eigenen Vorhaben werden der Reihe nach und nicht gleichzeitig "abgehandelt", in diesem Fall erst die Rentner, dann die Lehrer und schließlich die Studierenden.
- Aufpuschung von "Skandalen", um Studierende politisch mundtot zu machen, z.B. "massenhafte Veruntreuung" von staatlichen Beihilfen für Studierende durch Studierende nach dem Motto: Studenten haben doch genug Geld, können also erhöhte Studiengebühren ohne Weiteres zahlen.
- Bei zu starken Protesten wird der zuständige Minister fallengelassen. Der Posten des Bildungsministers gehört zu den am stärksten frequentierten Regierungsämtern.
- Beschlussfassung in den Semesterferien

Ziele der Gewerkschaften.

- eigener Machterhalt
- Nichtdurchführung der Beschlüsse der Konferenzen von Bologna und Prag (LMD licence, magistére, doctorat: also des BA/MA-Systems)
- keine Erhöhung von Studiengebühren
- mehr Geld ins Hochschulsystem

Mittel der studentischen Gewerkschaften.

- Da die Gewerkschaften Richtungs- und nicht Branchen-Gewerkschaften sind und die französische Mentalität in dieser Beziehung ambivalent ist, droht mit jedem Streik zwangsläufig ein Generalstreik.
- Aktiver Streik: Behinderung von Hochschulangestellten, zur Arbeit zu kommen; Blockaden (z. B. von Straßen); medial wirksame öffentliche Aktionen.
- Passiver Streik: Verweigerung des Besuchs von Lehrveranstaltungen etc.
- Veröffentlichung von Pamphleten, Manifesten etc.
- Beschlussfassung auf studentischen Vollversammlungen (und sei es mit einem Bruchteil von Studierenden)

Sommersemester 2004